



Stadt Kamen

Niederschrift

HA

über die
3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 28.04.2009
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Frau Gabriele Keutgen-Bartosch
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Herr Franz Hugo Weber
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

fraktionslos

Herr Klaus-Dieter Grosch

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten

Herr Dieter Drescher
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Dr. Jörg Frey
Frau Ina Scharrenbach

Herr Bürgermeister Hupe begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 5.1 und 6 bis 8 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen	001/2009
2	Bebauungsplan Nr. 18 Ka-HW "Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung" hier: Satzungsbeschluss	006/2009
3	Fortführung des Projektes "Saubere Stadt Kamen"	031/2009
4	Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben zur Umsetzung von Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz	024/2009
5	Finanzsituation der Stadt Kamen	
5.1	Jahresrechnung 2008	
5.2	Bericht der Verwaltung - Rückblick und Ausblick	
5.3	Antrag der CDU-Fraktion vom 07.04.2009	
6	Erhöhung der bestehenden Beteiligung an der Trianel GmbH, mittelbare Beteiligung an deren Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen	016/2009

7	Mittelbare Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an der Trianel Windpark Borkum Verwaltungsgesellschaft mbH über die Trianel GmbH hier: Ausräumung des Gremienvorbehaltes seitens der GSW als Gesellschafter der Trianel GmbH für die Übernahme von weiteren 25% an der Trianel Windpark Borkum Verwaltungsgesellschaft mbH (TWBV)	017/2009
8	Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	020/2009
9	Bürgeranregung der CDU Seniorenunion Kamen zur Berufung eines Demografiebeauftragten	019/2009
10	Bürgeranregung auf Anlegung eines Fußgängerüberweges (FGÜ) im Diagonalbereich der Straße "Im Telgei" / Wasserkurler Straße vom 25.02.2009	023/2009
11	Organisation der hausärztlichen Notfallversorgung und eines Apotheken-Notdienst-Angebotes in Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.04.2009	
12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
001/2009

Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 2.
006/2009

Bebauungsplan Nr. 18 Ka-HW "Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung"
hier: Satzungsbeschluss

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 3.
031/2009

Fortführung des Projektes "Saubere Stadt Kamen"

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 4.
024/2009

Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben zur Umsetzung von
Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 5.

Finanzsituation der Stadt Kamen

Zu TOP 5.1.

Jahresrechnung 2008

ohne Beratung an den Rat verwiesen

Zu TOP 5.2.

Bericht der Verwaltung - Rückblick und Ausblick

Herr **BaudrexI** stellt zunächst fest, dass der Tagesordnungspunkt 5.2 Bestandteil der Jahresrechnung 2008 ist und daher ebenfalls im Rat behandelt werden sollte. Er befürwortete daher eine Beschränkung auf einen Bericht über die Situation des Haushaltes 2009, wie es von der CDU-Fraktion beantragt wurde, vorzunehmen.

Die CDU-Fraktion erklärte sich mit der Vorgehensweise einverstanden.

Zu TOP 5.3.

Antrag der CDU-Fraktion vom 07.04.2009

Herr **BaudrexI** berichtet zunächst, dass im Jahr 2009 mit einem guten Ergebnis aus dem Jahr 2008 gestartet wurde. Dies löse eine geringere Verschuldung sowie ein höheres Eigenkapital, als zu Beginn des Jahres geplant, aus.

Der im Dezember 2008 beschlossene Haushalt für 2009 sei aufgrund des Eigenkapitalverzehrs genehmigungspflichtig. Mittlerweile liege aber die auf-lagen- und bedingungs-freie Genehmigung durch den Kreis Unna vor, so dass die vorläufige Haushaltsführung beendet sei.

Der Blick auf die derzeitige Situation erfordere einen kurzen Rückblick. Herr Baudrexl erinnerte insofern an die Problematik des Umgangs mit den Altdefiziten des Kreises in Höhe von rund 60 Mio. Euro in Folge der Umstellung des Kreishaushaltes auf NKF-Doppik. Dieses Defizit sei aus Rücksicht auf die Haushalte der Kommunen nicht vollständig auf die Kreisumlage angerechnet worden.

Dem Konsolidierungsvorschlag der Kämmerer und des Landrates, das Eigenkapital nicht, bis auf 1 % zum Ausgleich von Schwankungen, darzustellen und die Erlöse aus dem Verkauf des RWE Aktienpaketes zur Deckung einzusetzen sei nicht gefolgt worden.

Die Entscheidung des Kreistags ein zusätzlich erhaltenes RWE Aktienpaket sofort zu verkaufen hat wegen des Verzichtes auf die Dividende eine Erlös-differenz i.H.v. 211.380,- Euro gebracht. Diese Vorgehensweise sei sehr kritisch bewertet worden.

Das Jahresergebnis 2008 des Kreises sei mit einem Überschuss i.H.v. 1,2 Mio. Euro zwar positiv berichtete Herr Baudrexl. Gleichzeitig sei das Eigenkapital i.H.v. 3,3 Mio Euro negativ. Positiv zu werten sei, dass das Haushaltssicherungskonzept des Kreises zunächst für 2009 keine weitere Belastung der Kommunen durch Anhebung der Kreisumlage vorsehe.

Bezogen auf den Kamener Haushalt verwies Herr Baudrexl auf das für 2008 mit den Altlasten geplante Haushaltsdefizit von ca. 11,3 Mio. Euro, das nach Jahresrechnung tatsächlich nur 3,9 Mio. Euro betrüge, weil Rekorderinnahmen bei den Gewerbesteuerereinnahmen i.H.v. 19,6 Mio. Euro erzielt werden konnten. Auch wenn diese Zahl aufgrund der momentanen Krise keine Orientierung für 2009 darstelle, sei die Situation nicht zu schwarz zu sehen. Der Haushaltsansatz für 2009 liege für die Gewerbesteuer bei 14 Mio. Euro. Das entspreche noch dem derzeitigen Anordnungssoll, die Krise sei aber auch hier langsam angekommen. Die weitere Entwicklung bleibe deshalb abzuwarten.

Auf der Aufwandseite, so Herr Baudrexl, sind 2009 zusätzliche Belastungen in Höhe von ca. 2 Mio. Euro zu verbuchen. Diese setzen sich zum einen aus der Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage und zum anderen aus der, in der Höhe nicht eingeplanten, Beamtenbesoldungserhöhung zusammen.

Auf der Ertragsseite sei in den Bereichen der Einkommens- und Umsatzsteuer sowie der Schlüsselzuweisungen ein erheblich niedriger Anteil von 2 Mio. Euro zu erwarten. Insgesamt sei damit einer Verschlechterung zur Planung i.H.v. 3,8 – 4 Mio. Euro entgegenzusehen.

Herr **Kissing** gab zu bedenken, dass bereits bei Beschlussfassung des Haushaltes im Dezember 2008 ein veraltetes Zahlenwerk beschlossen wurde. Daher sei der Antrag ein halbes Jahr nach Einbringen des Haushaltes von der CDU-Fraktion gestellt worden.

Die vorsichtige Bewertung des Kämmerers lasse ihn schwach hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Auch er bewerte im Hinblick auf den Kreishaushalt Beschlüsse des Aktienverkaufs als schwierig. Nach seiner Auffassung sei dies kein kommunalpolitisches Betätigungsfeld.

Andererseits stellte Herr Kissing heraus, dass der Kreis den Eindruck des Umdenkens im Umgang mit den Ressourcen erwecke und Einsparpotentiale entdecke.

Frau **Dyduch** führte aus, dass die nach wie vor schwierige Haushaltslage und das Jahr 2010 mit Vorsicht angegangen werden müsse. Bezüglich des Kreishaushaltes sah Frau Dyduch die Absicht des Kreises als positiv an, das Defizit i.H.v. 3,3 Mio. Euro über eigene Konzepte und nicht durch zusätzliche Belastungen der Kommunen anzugehen. Für das Jahr 2010 erwarte sie neue Diskussionen bezüglich der Kreisumlage.

Herr **Hasler** fragte nach, inwiefern sich der katastrophale Winter auf den Zustand der Straßen ausgewirkt habe. Er erkundigte sich, ob unter NKF Gesichtspunkten eine Wertberichtigung der Straßen zu erfolgen habe.

Herr **Baudrexl** verwies hier auf den Bericht zum Zustand der Straßen in der letzten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses. Er führte aus, dass unabhängig von dem letzten Winter im Rahmen der NKF Bedingungen in gewissen Zeitabständen die Straßen in Bezug auf die Restnutzungsdauer betrachtet werden. Dieser Punkt werde auch in der Arbeitsagenda berücksichtigt. Einen genauen Zeitplan dafür gebe es bislang allerdings noch nicht, da hier eine Abhängigkeit zu den Arbeitskapazitäten und Prioritäten bestehe.

Herr **Grosch** zeigte sich erfreut über die vorsichtig optimistische Einschätzung der Haushaltslage für das Jahr 2009. Er äußerte jedoch die Sorge um die weiteren Haushalte in den Folgejahren. Auch im Hinblick darauf, dass die boomende Konjunktur Kamen in der Vergangenheit, vor allem bezogen auf den Gewerbebereich, erst verspätet erreicht habe. Dies sei seiner Einschätzung nach auf die Wirtschaftskrise zu übertragen, die sich auch erst verspätet im nächsten Jahr auswirken werde.

Herr **Hupe** machte bezogen auf die Sorge des Herrn Grosch für das nächste Jahr deutlich, dass diese Sorge von allen geteilt werde. Es müssten aber zunächst noch die Steuerschätzungen im Herbst dieses Jahres abgewartet werden.

Zu TOP 6.
016/2009

Erhöhung der bestehenden Beteiligung an der Trianel GmbH, mittelbare Beteiligung an deren Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 7.
017/2009

Mittelbare Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an der Trianel Windpark Borkum Verwaltungsgesellschaft mbH über die Trianel GmbH
hier: Ausräumung des Gremienvorbehaltes seitens der GSW als Gesellschafter der Trianel GmbH für die Übernahme von weiteren 25% an der Trianel Windpark Borkum Verwaltungsgesellschaft mbH (TWBV)

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 8.
020/2009

Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH
an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 9.
019/2009

Bürgeranregung der CDU Seniorenunion Kamen zur Berufung eines Demografiebeauftragten

Herr **Huße** machte deutlich, dass bereits seit Jahren demografische Faktoren in der laufenden Verwaltungsarbeit Berücksichtigung fänden. Er sehe keine Notwendigkeit einen Beauftragten zu bestellen. Er stellte einen neuen Demografiebericht für das nächste Jahr in Aussicht.

Herr **Kissing** befürwortete mit Blick auf Initiativen anderer Städte in dieser Angelegenheit, wie der Ausschuss der Stadt Schwerte, die Einrichtung eines Demografiebeauftragten. Dieser solle losgelöst von der Verwaltungsarbeit zudem unter privaten- und gesellschaftlichen Aspekten den dynamischen Prozess der Altersveränderung begleiten.

Herr **Huße** entgegnete, dass bereits in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise dem Flächennutzungsplan, Gebietsentwicklungsplan, dem Schulentwicklungsplan, im Jugendhilfebereich und der Seniorenarbeit die demografischen Faktoren mit einbezogen werden. Dies geschehe auch in Kontakt mit externen Partnern wie z.B. den Kirchen oder der AWO. Die Sensibilität für dieses Thema sei breit geprägt, es werde engagiert bearbeitet. Die gelebte Verwaltung sei bereits weiter, als durch den Antrag eingeklagt wird.

Seit ca. 10 Jahren sei dieses Thema beispielsweise für die Arbeit und Planung im Jugendbereich und der Kinderbetreuung unverzichtbar, argumentierte Frau **Dyduch** ergänzend. Aber auch in allen anderen Bereichen fänden die demografischen Aspekte Berücksichtigung. Der beantragte Weg sei damit bereits beschritten. Frau Dyduch legte dar, dass privatwirtschaftliche Gesichtspunkte mit einbezogen werden müssten. Sie plädierte für einen weiterhin sensiblen Umgang mit dem Thema und stellte heraus, dass die Verwaltung bereits in der Angelegenheit sehr gut aufgestellt ist und ein separater Beauftragter nicht nötig sei.

Herr **Hasler** erwiderte, dass gerade die Vielfalt Auslöser für den Antrag sei. Deswegen sei eine koordinierende Stelle in Form eines Demografiebeauftragten wichtig. Als Ansprechpartner könne diese Stelle die Federführung übernehmen.

Herr **Klanke** sprach sich dafür aus keine zusätzliche Stelle zu schaffen, da diese Querschnittsaufgabe bereits wesentlicher Punkt kommunalen Handelns sei.

Beschluss:

Der Antrag der CDU Seniorenunion Kamen zur Berufung eines Demografiebeauftragten wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 10.
023/2009

Bürgeranregung auf Anlegung eines Fußgängerüberweges (FGÜ) im Diagonalbereich
der Straße "Im Telgei" / Wasserkurler Straße vom 25.02.2009

Herr **Kissing** äußerte sein Verständnis für die Sorgen von Eltern und Großeltern in Bezug auf den Schulweg ihrer Kinder. Dies sei auch im Straßenverkehrsausschuss thematisiert worden.

Für ihn sei die Beschlussvorlage der Verwaltung aber nachvollziehbar, so dass sie seine Zustimmung finde.

Er betonte, dass die Verkehrssituation in den Bereichen „Im Telgei“ / Wasserkurler Str. / Ringstraße/Schimmelstraße und Hochstraße als schwierig zu bewerten sei. Aus heutiger Sicht hätte es in diesen Bereichen sicherlich andere und bessere Planungsmöglichkeiten gegeben.

In diesem Zusammenhang bat Herr Kissing die Verwaltung, sich über eine Neuführung der Ringstraße zur Entlastung des östlichen Bereichs der Straße „Im Telgei“ Gedanken zu machen.

Die BG-Fraktion, so Herr **Kloß**, sei mehrfach vor Ort gewesen und unterstütze den Bürgerantrag. Außerdem werde die BG-Fraktion noch einen entsprechenden Antrag im Straßenverkehrsausschuss stellen.

Er kritisierte die Begründung der Beschlussvorlage bezogen auf die tatsächliche Situation und die aufgeführten rechtlichen Gründe. Entscheidend seien die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort. Hier müsste im Interesse der Verkehrssicherheit gehandelt werden, um vor allem die schwächeren Teilnehmer im Straßenverkehr wie beispielsweise Kinder, Behinderte und Rollstuhlfahrer zu schützen.

Herr **Krause** legte dar, dass die Beschlussvorlage für sich spreche und somit aufgrund der genannten Zahlen ein Fußgängerüberweg an der gewünschten Stelle nicht notwendig sei. Seiner Einschätzung nach sei das Gefahrenpotential nicht so hoch, auch im Hinblick auf die dortige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.

Herr **Knop** fragte, ob Unfälle an dieser Stelle bekannt seien. Dies sei für ihn nicht vorstellbar. Der Bereich sei für Fußgänger einsichtig. Außerdem stehen die Erwachsenen in der Pflicht auf die Verkehrserziehung der Kinder zu achten und den Schulweg mit ihnen zu trainieren.

Herr **Kühnapfel** teilte mit, dass die Sorge des Herrn Bönsch nachvollziehbar sei. Seiner Auffassung nach löse ein Fußgängerüberweg das Problem allerdings nicht. Im Gegenteil könnte dieser zu einem falschen Sicherheitsdenken verleiten. Herr Kühnapfel plädierte daher für mehr gegenseitige Rücksichtnahme.

Beschluss:

Der Bürgeranregung eines Anwohners der Straße „Im Telgei“ auf Anlegung eines Fußgängerüberweges, und zwar diagonal im Kurvenbereich der Straßen „Im Telgei“ / Wasserkurler Straße, vom 25.02.2009 kann nicht nachgekommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

Organisation der hausärztlichen Notfallversorgung und eines Apotheken-Notdienst-Angebotes in Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.04.2009

Herr **Hupe** erläuterte die Rechtsgrundlagen für die Organisation der hausärztlichen Notfallversorgung in dem das Procedere geregelt sei, u.a. die Berechtigung der Kassenärztlichen Vereinigung die Bezirke festzulegen. Aufgrund von Entlastungen und Veränderungen vor allem im ländlichen Bereich werden die Notfallbezirke von 179 auf 26 reduziert. Für den Kreis Unna bedeute dies eine Ausdünnung auf voraussichtlich drei Standorte. Im Gespräch seien dafür die Städte Schwerte, Lünen, Unna und Kamen.

Herr Hupe sieht im Hinblick auf das geplante Versorgungszentrum am Krankenhaus in Verbindung mit der Einrichtung einer notfallärztlichen Praxis gute Chancen für Kamen. Die UKBS habe sich bereits schriftlich beworben. Er werde selbst weitere Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung führen.

Eine Reform des Apotheken-Notdienst-Angebotes sei analog dazu nicht geplant, so Herr Hupe. Sollte Kamen mit dem Versorgungszentrum zum Standort der hausärztlichen Notfallversorgung werden, könne überlegt werden, ob auch eine Apotheke angegliedert wird. Überlegungen bezüglich einer Apotheke mit einer Öffnungszeit von 24 Stunden seien unter dem Aspekt der Zulässigkeit noch klärungsbedürftig.

Probleme bezüglich des Apotheken-Notdienstes seien bislang noch nicht an die Verwaltung herangetragen worden.

Herr **Kissing** dankte für den Bericht und teilte mit, dass von einem Entfernungsmaßstab von 15 km bezogen auf die Stadtgrenze beim Apotheken-Notdienst auszugehen sei. Die Kombination der ärztlichen Notfallversorgung mit einem Apotheken-Notdienst würde er begrüßen.

Herr Weigel verließ um 18.30 Uhr den Sitzungssaal und nahm an der weiteren Beratung nicht mehr teil.

Zu TOP 12.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

1. Herr Brüggemann berichtete, dass insgesamt 59 Osterfeuer in Kamen bestätigt waren. Diese teilten sich wie folgt auf:

- 9 in Kamen-Mitte,
- 29 in Kamen-Methler,
- 10 in Kamen-Heeren,
- 5 in Rottum/Derne
- 6 in Südkamen.

Davon waren 15 Osterfeuer von Privatleuten und 44 von Organisationen angemeldet. Kontrollen durch die Verwaltung wurden ebenfalls durchgeführt mit dem Ergebnis, dass es in vier Fällen Anlass für die Einleitung eines Bußgeldverfahrens gab.

Von Herrn **Kühnapfel** nach Beschwerden bezüglich der landwirtschaftlichen Feuer befragt, teilte Herr **Brüggemann** mit, dass es keine größere Beschwerdelage gegeben habe. Ein Fall werde noch überprüft.

Herr **Hasler** fragte nach, ob es Klagen aus der Bevölkerung gegeben hat.

Dies wurde von Herrn **Brüggemann** verneint.

2. Herr **Hupe** berichtete, dass Herr Hasler und Herr Wiedemann in der Zeit vom 02. - 04.05.2009 an einer Dienstreise zum Stadtfest nach Sulecin / Polen teilnehmen.

Vom 05. – 07.06.2009 werde Herr Wiedemann eine Dienstreise zum Stadtfest nach Beeskow unternehmen.

3. In Sachen des Konjunkturpaketes II informierte Herr **Hupe**, dass die Evangelischen Kirchengemeinden Methler und Kamen-Mitte Mittel für eine energetische Sanierung von Kindertageseinrichtungen beantragt haben. Für Methler seien Mittel i.H.v. 100.000,- Euro und für Kamen-Mitte i.H.v. dreimal 40.000,- Euro beantragt worden.

Herr Brüggemann führe diesbezüglich zur Zeit Gespräche mit allen Trägern. Die Einzelheiten bezüglich der konkreten Bedarfslage und die baufachlichen und technischen Aspekte seien zu prüfen. Das werde einige Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Hupe sagte zu, die Ergebnisse dem Haupt- und Finanzausschuss mitzuteilen, da ggf. der bereits gefasste Beschluss zu ergänzen wäre. Diese Vorgehensweise fand die Zustimmung der Anwesenden.

Herr Brüggemann wies daraufhin, dass es auch eine Reihe von Einzelgesprächen geben müsse bevor man das Thema in einer weiteren Trägerkonferenz erörtere. Von den Trägern werde man erwarten dürfen, dass deren Anträge vergleichbare Prüfparameter und insofern konkretisierende Angaben enthalten.

Mit Ergebnissen sei, aufgrund des Arbeitsaufwandes, nicht vor September / Oktober 2009 zu rechnen.

Anfragen

Herr **Kissing** fragte, ob es im Technopark noch viele Freiflächen gebe. Er bat darum, das Thema auf die Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses zu setzen. Mehr Freiheit in der Vermarktung der freien Flächen sei wünschenswert.

Herr **Hupe** berichtete, dass zu diesem Thema bereits Gespräche geführt werden. Das Thema werde auf die Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses kommen, allerdings werde noch etwas Zeit benötigt.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Hermann Hupe
Vorsitzender

gez. Ralf Tost
Schriftführer